

Josef Schüßlburner

Sozialismusbewältigung

24. Teil: Verwirklichung des sozialistischen Totalitarismus durch den Nationalsozialismus

22.12.2022

*Gibt es einen herrlicheren und schöneren Sozialismus und eine wahrhaftigere Demokratie als jenen Nationalsozialismus?
(Hitler am 30.01.1937 zum 4. Jahrestag der Machtergreifung)¹*

Das von v. Hayek² wohl etwas zu verständnisvoll beschriebene Verhalten der Sozialdemokratie, nämlich daß diese nicht die Konsequenzen aus ihren verfehlten Ansichten ziehen wollte, wonach sich Sozialismus nur im Widerspruch zu ihren demokratischen Idealen verwirklichen ließe, läßt sich neben ihrer Sozialisation durch den rechtsstaatlichen „Obrigkeitsstaat“³ (weniger durch die im Zweifel doch etwas ambivalenten „demokratischen Ideale“) - und die Tatsache, daß manche anrühigen Ansichten der Klassiker⁴ noch nicht oder nicht mehr bekannt waren - im Wesentlichen hauptsächlich damit erklären, daß die russisch-sowjetische Revolution eher ausgebrochen war als die Revolution in Deutschland. Anhand des höchst polit-kriminellen Vorgangs der bolschewistischen Machtergreifung, der eigentlich die „Weltrevolution“ hätte darstellen sollen, konnte man anschaulich erkennen, was revolutionärer Sozialismus wirklich bedeutet.

Aufgrund dieser Einsicht ist SPD-Chefideologe *Kautsky* spontan sogar zur Schlußfolgerung geführt worden, daß man den „Sozialismus über Bord werfen“⁵ müsse, wenn das „Endziel“, hinsichtlich dessen er noch Übereinstimmung von Sozialdemokratie und Bolschewismus erkannte,⁶ besser oder nur auf der Grundlage des Privateigentums zu erreichen wäre. *Kautsky* schaffte aber die Rettung der sozialistischen Idee, indem er den bolschewistischen Staatsstreich und den sich schnell abzeichnenden Staatsterrorismus als „die letzte bürgerliche, nicht die erste der sozialistischen Revolutionen“⁷ erkannte, während es ja wohl angemessener ist, gerade im *terreur* der „bürgerlichen“ Französischen Revolution den Ausgangspunkt des Sozialismus zu sehen. Bei der in dieser Weise dialektisch begründeten Aufrechterhaltung der marxistischen Theorie konnte der SPD ihr demokratisches Verhalten zugunsten der Weimarer Republik jedoch gerade von ihren besonders überzeugten (ehemaligen) Anhängern und den von ihr ausgebrüteten Radikalsozialisten als „Verrat“⁸ vorgehalten werden. Wem der Vorwurf des „Verrats“ aufgrund der sozialistischen Lehren und Grundüberzeugungen richtig oder zumindest plausibel erschien, konnte allerdings auch nicht daran vorbeikommen, daß sich mit der Sowjet-

¹ Zitiert bei *Rainer Zitelmann*, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, 1993, S. 133.

² S. *F.A. v Hayek*, Der Weg zur Knechtschaft, 1943, hrsg. und eingeleitet von Wilhelm Röpke, übersetzt von Erna Röpke, S. 176 f.; s. dazu den letzten Teil des vorausgegangen 23. Teil der vorliegenden Serie zur Sozialismusbewältigung: **Sozialismus als totalitäre Demokratie**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2022/11/SoziBwltg-XXIII-SozDemototaer.pdf>

³ S. dazu den 8. Teil der Serie zur Verfassungsdiskussion: **Eine rechte und liberale Verfassungsoption: Eine demokratisch-republikanische Version der Bismarckschen Reichsverfassung**

<https://links-enttarnt.de/verfassungsdiskussion-teil-8>

⁴ So wurde etwa der Briefwechsel zwischen *Bismarck* und *Lassalle* erst 1928 bekannt; s. *Hermann Ebeling*, Der Begriff „Demokratie“ in den sozialistischen Ideologien - Marx, Lassalle, Engels-, Dissertation der Universität Heidelberg, 1964, S. 82.

⁵ S. Nachweis bei *Stéphane Courtois* u. a., Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, 2000, S. 818.

⁶ S. ebenda, S. 809.

⁷ S. ebenda, S. 807.

⁸ S. aus dieser Perspektive das Buch von *Richard Wiegand*, „Wer hat uns verraten ...“. Die Sozialdemokratie in der Novemberrevolution. Mit einem Vorwort von *F. E. Hoevens* und zahlreichen ergänzenden Materialien, 1999.

Revolution und ihren Genickschußmethoden auch die aus der Sozialdemokratie hervorgegangenen konsequenteren Marxisten, die sich nunmehr (wieder) aus Abgrenzungsgründen ausschließlich „Kommunisten“ nannten, nachhaltig diskreditiert hatten. Wer angesichts dieser historischen Konstellation dann auch nicht die Folgerung ziehen wollte, dem Sozialismus überhaupt abzuschwören, der sah sich gezwungen, nach einem Sozialismus der dritten Art zu suchen, womit man - bei Aufrechterhaltung bestimmter tragender Grundannahmen und ideologischen Einstellungen - mehr oder weniger zwingend beim Nationalsozialismus ankommen konnte oder gar mußte.

Schon in der Parteibezeichnung *Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei* (NSDAP) kommt die Selbstverortung in der sozialistischen Tradition zum Ausdruck, hat sich doch die SPD von 1875 bis 1890 als *Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands*⁹ bezeichnet, die aus dem Zusammenschluss von *Lassalleschem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein*¹⁰ und der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* hervorgegangen war. Zwar ist nicht bekannt, ob bei der Namenswahl der NSDAP ein bewußtes Aufgreifen dieser Vorgängerbezeichnungen vorlag, aber es ist bemerkenswert, daß sich sprachlich die größere Nähe zur *Lassalleschen* Tradition ergibt, wird doch „deutsch“ adjektivisch als Bezeichnung für die „Arbeiterpartei“ bzw. den „Arbeiterverein“ verwendet, während die marxistische Tradition aufgrund ihres internationalistischen Ansatzes sinngemäß von der „sozialistischen Arbeiterpartei von / in Deutschland“ spricht. Die mit der Bezeichnung implizierte Abgrenzung zum Internationalismus wird durch die Klassifizierung des „Sozialismus“ als „national“ unterstrichen, was aber nichts daran ändert, daß es hier nicht um so etwas wie einen sozialen Nationalismus geht, sondern in der Tat um einen nationalen Sozialismus,¹¹ was wiederum durch die Selbstkennzeichnung als „Arbeiterpartei“ unterstrichen wird, eine Bezugnahme, für die in Deutschland nur die sozialdemokratische Tradition zur Verfügung stand.

Hätte sich der NS in einer eher nicht-sozialistischen Tradition gesehen, hätte er sich insbesondere im Substantiv anders bezeichnet, etwa als „Volkspartei“, eine Überlegung, mit der *Hitler* durch den Dichter *Hanns Johs*¹² konfrontiert wurde.¹³ Die Wahl als „Arbeiterpartei“ ist jedoch bewußt gewählt worden, um gerade nicht als „bürgerlicher Flügel der Rechten“ zu erscheinen, d.h. bei bewußter Abgrenzung gegenüber den „so genannten nationalen Verbänden und Vereinigungen“, die „im Wesentlichen ihre Anhänger doch aus bürgerlichen Kreisen erhielten.“ Die Bezeichnung „Arbeiterpartei“ bedeutete also eine entschiedene Abgrenzung „gegen rechts“, sicherlich nicht, um sich dabei gemäß BRD-VS-Anordnung als „rechtsextrem“ einzuordnen, sondern um mit sozialistischer Überzeugung deutlich zu machen, daß „der Arbeiter“ den Kern des deutschen Volkes darstelle. Durch Insistieren auf dem „Arbeiter“ konnte sich *Hitler* auch des Einflusses der „Völkischen“ entledigen, „die *Hitler* als Meinungsgedusel verspottete,¹⁴ weil sie nicht nur den Sozialismus, gleich welcher Prägung, nicht akzeptieren wollten, sondern sich häufig auch ostentativ gegen den Arbeiter richteten.

Die dagegen von *Hitler* vertretene Auffassung, daß die Arbeiter die eigentliche Nation bilden, auf der der sozialistische Zukunftsstaat gegründet werden könne, stellt eine *Lassallesche* Grundauffassung dar, die wie alle entscheidenden sozialistischen Elemente auf die radikalsten

⁹ S.

[https://de.wikipedia.org/wiki/Sozialistische_Arbeiterpartei_Deutschlands_\(1875\)#:~:text=Die%20Sozialistische%20Arbeiterpartei%20Deutschlands%20\(SAP.Allgemeinen%20Deutschen%20Arbeitervereins%20\(ADAV\).](https://de.wikipedia.org/wiki/Sozialistische_Arbeiterpartei_Deutschlands_(1875)#:~:text=Die%20Sozialistische%20Arbeiterpartei%20Deutschlands%20(SAP.Allgemeinen%20Deutschen%20Arbeitervereins%20(ADAV).)

¹⁰ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Allgemeiner_Deutscher_Arbeiterverein

¹¹ S. zur Einordnung dieses Nationalismus den 22. Teil der vorliegenden Serie zur Sozialismusbewältigung: **Einordnung des sozialistischen Nationalismus** <https://links-enttarnt.de/sozialismusbewaeltigung-teil-22>

¹² S. https://de.wikipedia.org/wiki/Hanns_Johst

¹³ S. bei *Zitelmann*, a. a. O., S. 176 f.

¹⁴ S. *Werner Maser*, *Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP*, 1973, S. 226.

Ausprägungen der Französischen Revolution zurückgehen. In dieser (nationalen) Volksgemeinschaft wären dann entsprechend der sozialistischen Endzeitvorstellung die Klassengegensätze überwunden. Leute, die sich aufgrund „Standesdünkels“ nicht als „Arbeiter“ einstufen wollten, waren für die angestrebte Volksgemeinschaft ohnehin nicht erwünscht - ein Argumentationstopos, der unmittelbar auf die anti-aristokratische Propaganda von *Robespierre* zurückgeht: „Standesvorurteile kann man nicht mehr aufrecht erhalten in einer Zeit, in welcher das Proletariat aus derart hochwertigen Menschen besteht wie vielfach heute!“¹⁵ „Die Arbeiter verkörperten für Hitler jene Eigenschaften, die er so schätzte und die seiner Ansicht nach dem Bürgertum völlig abgingen: Mut, Entschlußkraft, Energie und die Fähigkeit zu 'glauben'.“¹⁶ Diese Haltung erinnert stark an die traditionelle sozialistische Sentenzen: „Der Arbeiter schafft Alles... Der Arbeiter schafft sogar den Menschen; der Kritiker wird stets ein Unmensch bleiben, wofür er freilich die Genugtuung hat, kritischer Kritiker zu sein.“¹⁷ Dazu kommt, daß *Lassalle* gerade in der Arbeiterschaft die größte Bereitschaft zu einer demokratisch legitimierten Diktatur¹⁸ erkennen konnte.

Die auf den „Arbeiter“ basierende „Volksgemeinschaft“ stellt nach positiver Überwindung des Klassenkampfes¹⁹ auch den Zustand dar, bei dem gemäß der sozialistischen Lehre die Interessenidentität der Individuen so groß ist, daß es keiner die a-soziale Vereinzelung herbeiführenden Menschenrechte mehr bedarf und somit die „wahre Demokratie“ verwirklicht ist, weil es zum Volkswillen keine Opposition mehr gibt. So ist es zu verstehen, daß *Hitler* 1930 von einer „großen Zeitenwende“ sprechen konnte, bei der eine „individualistische Weltanschauung ... durch eine sozialistische ersetzt“²⁰ werde. Im Kontext der Zeitenwende zum Sozialismus bringt *Hitler* „dem deutschen Volk den nationalen Sozialismus, die politische Lehre von der Volksgemeinschaft, der Zugehörigkeit aller, die zum deutschen Volk gehören und die bereit und willens sind, sich als ein unlösbares, aber mitverantwortliches Teilchen der Gesamtheit des Volkes zu fühlen.“²¹ Dementsprechend stellt nach *Hitler* die nationalsozialistische Gedankenwelt eine „Überwindung des Individualismus“ dar, „nicht etwa in dem Sinne, daß sie die individuelle Freiheit beschneidet oder die Initiative des einzelnen lähmt, sondern nur in dem Sinne, daß über der individuellen Freiheit und über jeder Initiative des einzelnen das gemeinsame Interesse steht, daß dieses gemeinsame Interesse das Regulierende, das bestimmende, wenn notwendig das Hemmende, wenn notwendig auch das Befehlende ist.“²² Die höhere Kulturstufe,²³ was als „Sozialismus“ ausgedrückt wird, lasse sich nur durch eine straffe Organisation verwirklichen, die einen Freiheitsverzicht beinhalte, der jedoch nicht als solcher gefühlt werden sollte; denn je mehr der Mensch aufsteige, desto mehr müsse er die Notwendigkeit dieses Verzichts einsehen, wenn nur die Einschränkung für alle gleichmäßig erfolge. An Stelle der Freiheit des einzelnen tritt auf diese Weise die Freiheit des Volkes, die der einzelne Volksgenosse dann als seine Freiheit erkennen müsse. *Hitler* war sich

¹⁵ So *Hitler* in einem seiner Tischgespräche, zitiert bei *Zitelmann*, a. a. O., S. 188.

¹⁶ So die Zusammenfassung bei *Zitelmann*, a. a. O., S. 189 f.

¹⁷ S. *Marx / Engels*, Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik. Gegen Bauer und Konsorten, zitiert bei *Konrad Löw*, Das Rotbuch der kommunistischen Ideologie. Marx & Engels - Die Väter des Terrors, S. 45, der die Bemerkung hinzufügt: „Derlei Sentenzen sind *einer* der Gründe, warum der Marxismus in den sozialistischen Parteien Aufnahme fand.“

¹⁸ So in einem seiner Briefe an *Bismarck*, wo der diesen von der Oktroyierung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen zu überzeugen suchte; s. *Hermann Ebeling*, Der Begriff „Demokratie“ in den sozialistischen Ideologien - Marx, Lassalle, Engels-, Dissertation der Universität Heidelberg, 1964, S. 82.

¹⁹ Bei *Ulrich Höver*, Joseph Goebbels. Ein nationaler Sozialist, 1992, S. 56 f. ist nachzulesen, daß *Goebbels* sich ausdrücklich für den Klassenkampf ausgesprochen hat, der jedoch sein Ziel in und mit der sozialistischen Volksgemeinschaft erreichen würde.

²⁰ S. bei *Zitelmann*, a. a. O., S. 102.

²¹ S. bei *Zitelmann*, a. a. O., S. 124.

²² So *Hitler* in einer Rede am 31.01.1941, zitiert bei *Zitelmann*, a. a. O., S. 390.

²³ S. einzelne Nachweise, die hier auf den zentralen Kern gebracht werden, bei *Zitelmann*, a. a. O., S. 397.

bewußt, daß diese Verschmelzung der Individual- und Gemeinschaftsinteressen einen längeren Umerziehungsprozeß²⁴ erfordern würde. Ein „wahrer Sozialismus“ habe „eine völlige innere Umbildung der Menschen zur Voraussetzung“. Die Verwirklichung des Sozialismus sei daher eine „ungeheure Erziehungsaufgabe, die sich erst in den kommenden Generationen vollenden könne.“

Nicht nur die Notwendigkeit dieser in der sozialistischen Tradition immer wieder für notwendig erachteten Umerziehung erforderte die Diktatur, sondern auch die grundlegende Vorstellung, daß sich die - kollektivistische - Freiheit des Volks am besten durch die Diktatur als „wahre Volksherrschaft“ verwirklicht, weil danach nur die Diktatur geeignet ist, den Volkswillen, in den die Freiheit der Individuen eingegangen (oder - im Sinne von *Hegel* - „aufgehoben“) ist, zu realisieren. *Hitler* lehnte zwar aufgrund seiner antikapitalistisch-sozialistischen Haltung die parlamentarische Demokratie ab, nahm jedoch „gleichzeitig für sich in Anspruch, die Demokratie nicht einfach abzuschaffen, sondern aufzuheben in einer höheren Form.“²⁵ In der Tat stellt sich *Hitler* im Grunde seines Herzens als Demokrat dar: „Die wahre Selbstverwaltung eines Volkes, die für mich (*Hitler, Ann.*) der tiefste Sinne der Demokratie ist, kann zweifellos nicht auf dem Wege des reinen Parlamentarismus erreicht werden, sondern nur auf dem Wege einer Selbstverwaltungsorganisation, in der die Besten und Geeigneten nach oben kommen müssen.“

Stellt man sich die Frage, warum sich *Hitler* diese „wahre Selbstverwaltung des Volks“ nicht vom „reinen Parlamentarismus“ erwartet hat, dann lautet die Antwort: Aus ziemlich ähnlichen Gründen wie sie der maßgebliche Vertreter des Austro-Marxismus, *Otto Bauer*,²⁶ formuliert hatte: Die parlamentarische Demokratie bleibe eine Form der Herrschaft des Kapitals: Das „derzeitige System“ (der Weimarer Republik bzw. der entsprechenden Verfassung Österreichs, *Ann.*) verwirkliche keine Volksherrschaft: „In Wirklichkeit regiert heute doch nicht das Volk, sondern das Kapital.“²⁷ Die Sozialisten hätten ihr Ziel nicht erreicht, denn „der kapitalistische Gedanke herrscht heute mehr in der Welt als jemals zuvor ... Kein Mensch glaubt, daß das Großkapital zerschmettert worden ist. Es herrscht heute ... unverschämter als jemals vordem.“²⁸ Die öffentliche Meinung stelle nichts anderes dar als das Ergebnis der vom Großkapital finanzierten oder beherrschten Äußerungen, weshalb „das Volk“ keine wirkliche Möglichkeit habe, „seinen Gedanken oder seinen Wünschen Ausdruck zu geben.“ Dies würde durch die Freiheit des Kapitals in der sog. freien Wirtschaft verhindert, womit die Individualrechte konzeptionell genau aus demselben Grunde abgelehnt werden wie schon bei *Marx* und *Engels* und den radikalen Anhängern der Französischen Revolution: Sie stehen der kollektiven Freiheit des Volks entgegen.

Diese Freiheit des Volkes wiederum erfordert zu ihrer effektiven Durchsetzung der souveränen Diktatur, mit deren Hilfe erst die Bedingungen geschaffen würden, in denen es zum Volkswillen keine Opposition mehr gibt. Dementsprechend kann es auch keine Grundrechte geben, da die Verfassung die Wirksamkeit und Schlagkraft der politischen Gewalt erhöhen soll. Sie soll dabei nicht Individuen und Gruppen gegen das Ganze schützen, sondern die Verfassung dient der „Einheit und Ganzheit des Volkes gegen alle individualistischen und gruppenmäßigen Zersetzungen.“²⁹ Die Interessen des Individuums werden in der staatlichen Gemeinschaft, mit

²⁴ S. bei *Zitelmann*, a. a. O., S. 220.

²⁵ So *Zitelmann*, ebenda, S. 439.

²⁶ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Bauer

²⁷ So *Hitler* in einer Rede am 09.06.1927, s. bei *Zitelmann*, a. a. O., S. 390.

²⁸ So *Hitler* in einer Rede am 18.09.1928, s. bei *Zitelmann*, ebenda, S. 390 f.; im Folgenden werden die einzelnen Äußerungen, die *Zitelmann*, ebenda, auf S. 391 ff. anführt, zusammengefaßt.

²⁹ So *Ernst Rudolf Huber*, Verfassungsrecht des Großdeutschen Reiches, 2. Auflage, 1939, S. 363.

der es substantiell verbunden ist, als im Sinne von *Hegel* „aufgehoben“ angesehen. Zusammengefaßt ist dieser Komplex in *Hitlers* Kampfansage an die kapitalistischen Feindstaaten vom 30.01.1941: „Auch hier behilft man sich mit Phrasen, man redet von Freiheit, man redet von Demokratie, man redet von den Errungenschaften des liberalen Systems und versteht darunter doch nichts anderes als die Stabilisierung des Regimes einer Gesellschaftsschicht, die es möglich macht, dank ihres Kapitals die Presse in ihre Hand zu bekommen und zu organisieren und zu dirigieren und damit die öffentliche Meinung zu bilden.“

Man muß in der Tat schon sehr stark bewältigungspolitisch verbohrt sein, um die Ähnlichkeit, wenn nicht gar den Gleichklang dieser national-sozialistischen Parlamentarismus- oder auch Demokratiekritik mit der international-sozialistischen Kritik der „Herrschaft des Kapitals“ zu bestreiten. Gelegentlich wird dieser Gleichklang in diesem politisch und verfassungsrechtlich zentralen Punkt in der Literatur zwar eingeräumt, aber dann unterstellt, es hätte sich da (allerdings nur beim NS) doch irgendwie um eine Manipulation gehandelt: „Der Nationalsozialismus war zu allem fähig, gewiß jedenfalls zu einer Politik, die in der Praxis antibürgerlicher und antikapitalistischer ausfallen konnte, als es den Nachgeborenen, die von eben diesem Bewußtsein durchdrungen sind, theoretisch statthaft erscheint.“³⁰ Nun, „zu allem“ war der NS auch nicht fähig; wenn er einigermaßen glaubwürdig sein wollte, dann konnte er nur im Rahmen der national-sozialistischen Grundannahmen handeln. Zu diesen gehörte aber die Überzeugung von *Hitler*, „daß jede Staatsgewalt vom Volk ausgehen muß und von ihm in freier und geheimer Wahl bestätigt werden“ müsse.³¹ Diese demokratische Bestätigung wurde in der oppositionslosen Abstimmung über das Staatsoberhauptgesetz vom 01.08.1934 erkannt, das mit einer Mehrheit von 89,9 % gebilligt wurde.³² Damit war allerdings der nationalsozialistischen Vorstellung der Volkssouveränität Genüge getan.³³

Auf der Grundlage dieses Aktes konnten nunmehr die Vertreter des Volkes nicht mehr vom Volk in unmittelbarer und mittelbarer Wahl bestimmt werden, sondern wurden vom Führer ausgewählt. Der Führer als „*legislateur*“ im Sinne von *Rousseau* durfte dabei allerdings nicht nur seinen individuellen Willen zum Ausdruck bringen, sondern in ihm mußte sich der Volkswille verkörpern. Um dies sicherzustellen, bedurfte der Führer der Beratung, welche durch die nun von oben ausgewählten Vertreter erfolgt, die besonders befähigt sein müssen, wobei die Einheitspartei diese Rekrutierung sicherstellen sollte. Die Unterscheidung von „Führerwille“ und „Volkswille“ spiegelt den *Rousseau*'schen Gegensatz von *volonté de tous* und *volonté générale* wider. Sollte das Volk demnach anderer Auffassung sein als der Führer, was etwa in beratenden Volksabstimmungen festgestellt werden könnte, ist dies für die national-sozialistische Auffassung unerheblich gewesen, da das Volk nur einmal seinen wahren Willen erkennen mußte.

Zu diesem ideologischen Komplex gehört naturgemäß die Revolutionskonzeption, weil wohl nachvollziehbar ist, daß die „Herrschaft des Kapitals“ und ihre Ablösung durch die

³⁰ So *Kettenacker*, Sozialpsychologische Aspekte der Führer-Herrschaft, in: *Gerhard Hirschfeld / Lothar Kettenacker* (Hgg.), *Der „Führerstaat“: Mythos und Realität, Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches*, Stuttgart 1981, S. 106.

³¹ S. Erlaß des Reichskanzlers zum Vollzug des Gesetzes vom 1. August 1934 über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches, RGBl. 1934 I S. 758.

³² Was das Ergebnis genuiner erscheinen läßt, als die absurden Mehrheiten von 99,9 % in Sowjetregimes; ganz hat das *Hitler*regime aber dieser plebiszitären Herrschaftslegitimation nicht vertraut, weil man es notwendig fand, das parlamentarisch erteilte Ermächtigungsgesetz ausdrücklich zu verlängern, und zwar im Januar 1937 und im Januar 1939 durch den Reichstag auf jeweils beschränkte Zeit und im Mai 1943 durch *Hitler* selbst auf unbestimmte Zeit.

³³ Die repräsentativste Selbstdarstellung des NS-Verfassungsrechts dürfte im Werk von *Huber* (Vater eines bundesdeutschen protestantischen Bischofs) bestehen, des wirklichen Kronjuristen des 3. Reiches; s. dort vor allem das IV. Kapitel (Der Führer), S. 194 ff. und das VII. Kapitel (Die Rechtstellung des Volksgenossen), S. 359 ff.

sozialistische Volksgemeinschaft - selbst bei einer absoluten Stimmenmehrheit - nicht parlamentarisch gelingen konnte, war doch letztlich auch das Parlament Ausdruck der „Herrschaft des Großkapitals“. Dementsprechend kann wohl nicht mehr bestritten werden, daß *Hitler* seinem Selbstverständnis ein sozialistischer Revolutionär war, da aufgrund der dargestellten Prämissen der angestrebte nationale Sozialismus, der die Lösung der sozialen Frage durch Herstellung einer auf der Arbeiterschaft begründeten Volksgemeinschaft als „wahrer Selbstverwaltung des Volks“ letztlich nur gewaltsam herbeigeführt werden konnte. Aus diesem revolutionären Ansatz erklärt sich die Kritik an der vom *Hitler* als „so genannt“ bezeichneten Revolution von 1918, die keine wirkliche gewesen sei. „Der Kapitalismus sollte vernichtet werden, heute marschiert er mehr denn je.“³⁴ Nach *Hitler*³⁵ habe der Umsturz von 1918 nicht die von ihm erkennbar erwünschte sozialistische Republik begründet; man habe die Waffen zu schnell aus der Hand gelegt und dann keine Möglichkeit mehr der Verteidigung gegen das „internationale Finanzkapital“ gehabt: „Was ist der größte Irrsinn der Novemberverbrecher gewesen? Man kann nicht sagen, die Revolution an sich, sondern die Form der Durchführung der Revolution, d.h. der Wehrlosmachung des deutschen Volkes. Denn damit hat man außenpolitisch den jungen sozialistischen Staat der kapitalistischen Welt ausgeliefert und die Festigung dieses Gebildes unmöglich gemacht.“³⁶ Die Sozialisten (gemeint: die Vorkriegs-Sozialdemokratie) wären weder auf die Revolution vorbereitet gewesen noch hätten sie etwas damit anfangen können, so daß, nachdem der große Augenblick verpaßt war, „nur noch eine bürgerliche Revolution“ herauskommen konnte, die ihren Ausdruck in der Weimarer Verfassung fand.

Es ist keine Unterstellung, wenn man davon ausgeht, daß große Teile der zeitgenössischen Sozialdemokratie diese Einschätzung teilten. *Hitler* versprach das zu realisieren, „was vielleicht so viele am 9. November 1918 erwartet haben“; womit nur gemeint sein kann, daß er sich mit dem sozialistischen Anliegen identifizierte. Dies kommt sogar in der Antwortrede *Hitlers* auf die gegen das „Ermächtigungsgesetz“ gerichteten Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden *Otto Wels* am 23.03.1933 zu Ausdruck,³⁷ in der er sich auf die Proklamation der Dritten (französischen) Republik von 1870 als Vorbild bezog: „Es wäre in Ihrem Ermessen gewesen, die deutsche Erhebung zu einer wirklich nationalen zu gestalten, und Sie hätten dann das Recht gehabt, wenn die Fahne der neuen Republik nicht siegreich zustande gekommen wäre, immerhin zu erklären: Wir haben das Äußerste getan, um diese Katastrophe durch den letzten Appell an die Kraft des deutschen Volkes abzuwenden.“ Damit nahm *Hitler* für sich in Anspruch, mit dem Akt der Revolution, die sich letztlich mit dem Ermächtigungsgesetz vollzog, umzusetzen, was die SPD 1918 nach den eigenen Prämissen, so wie dies *Hitler* legitimer Weise verstehen durfte, hätte machen müssen.³⁸ Nichts anderes ist gemeint, wenn *Goebbels* die „sinkende Fahne des Sozialismus“ aufgreifen wollte, um das 1918 Versäumte nachzuholen, um „der historischen Mission des deutschen Arbeitertums neuen Sinn und Zweck“³⁹ zu geben, womit sich *Goebbels* ausdrücklich mit dem Anliegen der klassischen Sozialdemokratie, wie er dieses - ebenfalls legitimer Weise - verstehen durfte, identifiziert hat.

Als Grund für das Scheitern der deutschen Revolution von 1918 im Verständnis als sozialistischer Revolution erkannte *Hitler* wiederum die Verbürgerlichung der Sozialdemokratie durch ihre Verwandlung zur Massenbewegung, die letztlich eine

³⁴ S. *Zitelmann*, a. a. O., S. 52

³⁵ S. *Zitelmann*, ebenda, S. 60 f.

³⁶ So *Hitler* in einer Rede am 21.09.1928, s. bei *Zitelmann*, ebenda, S. 61.

³⁷ Zitiert bei *Zitelmann*, ebenda, S. 78 f.

³⁸ S. dazu auch den 6. Teil der vorliegenden Serie zur Sozialismusbewältigung: **Warum kein Bündnis SPD / NSDAP?** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Sozialismusbewaeltigung-Teil-6.pdf>

³⁹ S. *Höver*, a. a. O., S. 253.

Schwächung beinhaltet hätte; „denn die letzten Ziele der marxistischen Weltanschauung sind derart radikal, daß sie nur von einer absolut fanatischen Stoßtruppe durchzufechten sind.“⁴⁰ Revolution könne nur durch eine entschlossene Minderheit erzwungen werden, wobei ihm als Vorbild die USPD⁴¹ erschien, wohl weil das, was dann 1918/19 doch noch als Revolution gelingen konnte, von dieser veranlaßt worden sei. Dementsprechend hielt *Hitler*⁴² der Sozialdemokratie insgesamt die Beseitigung der Monarchie zugute, „ein großer Schritt vorwärts. Durch sie erst wurde für uns der Weg bereitet.“ Aber nur dadurch, daß aus der großen Masse (gemeint: der SPD-Anhänger) sich die USPD als aktive, kämpferische Minorität löste, konnte die Revolution durchgeführt werden. „Hitler orientierte sich also bewußt am Marxismus und sah eine radikale, relativ kleine Partei wie die USPD (die linke Abspaltung von der SPD) als Vorbild für die ‚historische Minorität‘, die er in der NSDAP sammeln wollte.“⁴³

Weitere Bezugspunkte dieses Revolutionskonzepts waren die KPdSU und die italienische faschistische Partei, womit sich *Hitler* im Ergebnis das Avantgarde-Konzept zu eigen machte, wenngleich er dabei weniger den Erkenntnisaspekt hervorhob, d.h. daß diese erkennt, was der wahre Wille des Volkes sei, sondern mehr die Entschlossenheit, diesen von ihm als Führer im Sinne von *Lassalle* - als erkannt vorausgesetzten - wahren Volkswillen auch entschlossen umzusetzen. Von diesem revolutionären Anspruch her gesehen, wäre *Hitler* sicherlich eine gewaltsame Machtergreifung, wie er sie 1923 versucht hat (und womit er wohl noch 1932 gespielt hatte), lieber gewesen. Da *Hitler* jedoch erkennen mußte, daß das Regierungssystem der Weimarer Republik schon zu gefestigt war, hat er nach seiner Haftentlassung zur Verwunderung seiner fanatischen Anhänger die Strategie verfolgt, die als „Legalitätstaktik“ bekannt ist: Man gewinnt mit den Mitteln der parlamentarischen Demokratie gestützt auf die Grundrechte die Regierungsmacht und sichert damit den Erfolg der Revolution. Letztlich stellt dies nichts anderes dar als das Konzept, das *Engels* ausformuliert hatte und noch bei *Kautsky* zu erkennen ist. Der Unterschied besteht nur darin: Da bereits die parlamentarische Regierungsweise eingeführt war, mußte sich *Hitler* selbst nicht mehr für die parlamentarische Demokratie stark machen, was er in Übereinstimmung mit der aufgezeigten Grundposition der klassischen Sozialdemokratie sicherlich getan hätte, wenn noch die verfassungsrechtlichen Verhältnisse des 19. Jahrhunderts bestanden wären. Dies ist keine ins Blaue gemachte Vermutung („Verschwörungstheorie“ im Sinne des BRD-VS), sondern ergibt sich daraus, daß es *Hitler* der österreichischen Sozialdemokratie ausdrücklich als positiv angerechnet⁴⁴ hat, für das allgemeine Wahlrecht in der Habsburger Monarchie eingetreten zu sein. Auch die bereits angeführte positive Zurechnung, wonach sich die Sozialdemokratie wegen der Abschaffung der Monarchie progressive Verdienste erworben habe, bedeutet im Kern nichts anderes, als daß *Hitler* der SPD zugute hielt, die parlamentarische Regierungsweise eingeführt zu haben, in der ein Volksführer wie er die Chance hat, Regierungschef zu sein, ohne sich mit formalen und informellen Vetobefugnissen eines Monarchen herumschlagen zu müssen. Die wahre Bedeutung dieses Vorteils begriff *Hitler* bei seinem Besuch in *Mussolinis* Italien, wo die Monarchie selbst in der faschistischen Diktatur die Machtstellung der traditionellen Mächte vor allem von Militär und Kirche abzustützen half und daher einer konsequenten Volksdiktatur entgegenstand. Wegen der Verwirklichung des parlamentarischen Regierungssystems mußte

⁴⁰ S. *Zitelmann*, a. a. O., S. 403; wodurch deutlich wird, um nochmals darauf hinzuweisen, daß *Hitler* entgegen der gegen den „Marxismus“ gerichteten Wahlpropaganda sehr wohl verstand, was Marxismus genuiner Weise bedeutet, dem er dann doch nicht so fernstand, was wiederum *Goebbels* eigentlich nie bestritten hat.

⁴¹ S.

https://de.wikipedia.org/wiki/Unabh%C3%A4ngige_Sozialdemokratische_Partei_Deutschlands#:~:text=Die%20Unabh%C3%A4ngige%20Sozialdemokratische%20Partei%20Deutschlands,und%20in%20der%20Weimarer%20Republik.

⁴² S. bei *Zitelmann*, a. a. O., S. 55.

⁴³ So die Zusammenfassung bei *Zitelmann*, a. a. O., S. 400.

⁴⁴ S. ebenda, S. 463.

sich der NS auch nicht mehr mit der die Vorkriegs-SPD kennzeichnenden Frage herumschlagen, ob die (parlamentarische) Demokratie Selbstzweck sei oder nur Mittel, die sozialistische Revolution erfolgreich(er) durchzuführen. Diese Frage war zugunsten der Revolutionsförderung entschieden, da man sich andernfalls der zeitgenössischen SPD hätte anschließen müssen, für die sich *Hitler* immer großen Respekt vorbehielt.⁴⁵

Dem sich aus dem sozialistischen Kontext ergebenden Revolutionskonzept und seiner eigenen Glaubwürdigkeit war es jedoch geschuldet, daß *Hitler* darauf bestand, seine (einigermaßen) legale Regierungsübernahme würde eine weltgeschichtlich entscheidende Revolution darstellen. Als Revolution kann dies in der Tat trotz - wengleich nicht zweifelsfreier - Legalität angesprochen werden, ging es doch darum, „das deutsche Volk zum Sozialismus zu bekehren,“⁴⁶ womit nur gemeint sein konnte, daß die Individualrechte durch die „Freiheit des Volks“ ersetzt würden. Aus der Tatsache, daß der Erwerb der Diktaturgewalt, der die nachhaltige Durchsetzung des Volkswillen ermöglichen sollte, formal doch nicht so revolutionär erschien, machte *Hitler* propagandistischen Vorteil, indem er wiederholt darauf hinwies, daß die deutsche Revolution nicht wie die französische oder russische „Hekatomben an Menschen abschlachtete,“⁴⁷ womit im Übrigen deutlich wird, was die historischen Bezugspunkte *Hitlers* waren; die Erlangung der Regierungsgewalt etwa durch *Bismarck* sicherlich nicht. An seine diesbezügliche Propaganda scheint *Hitler* selbst geglaubt zu haben, wies er doch noch in seiner Rede zum 11. Jahrestages der Machtergreifung am 30.01.1944 darauf hin, daß in Deutschland eine sozialistische Revolution ohne Zerstörung von Eigentum stattgefunden⁴⁸ habe.

Allerdings sah sich *Hitler* wegen der Legalitätstaktik gerade von seinen entschiedensten Anhängern in einer Weise herausgefordert, wie er selbst den traditionellen Sozialismus durch Konfrontation von Idee und Wirklichkeit herausgefordert hatte: Nach *Ernst Röhm*⁴⁹ war die „nationale Erhebung“, also der Regierungsantritt *Hitlers* und der Erwerb der - formal vom Reichstag mit verfassungsändernder Mehrheit lediglich vorübergehend gewährten - Diktaturgewalt nur „eine Teilstrecke der deutschen Revolution, die wir durchschreiten müssen, um zum *nationalsozialistischen* Staat, unserem letzten Ziel zu gelangen.“⁵⁰ Mit dieser Aussage war erkennbar gemeint, daß der Nationalsozialismus unter der Regierung *Hitler* noch nicht verwirklicht war.

Bekanntlich wurde der sog. „*Röhm*-Putsch“ niedergeschlagen, wobei dieser Vorgang wegen der verbrecherischen Vorgehensweise der Regierung *Hitler*, die in diesem Zusammenhang nebenbei auch konservative Opponenten liquidierte (ohne deshalb bundesideologisch als links eingestuft zu werden), die eigentliche Revolution (politische Illegalität) darstellen dürfte, weil damit eine wesentliche Zäsur markiert war, nämlich „die endgültige Auslieferung noch existierender rechtsstaatlicher Elemente an das nationalsozialistische Willkürregime.“⁵¹ Und in der Tat war damit klar, daß *Hitler* nicht bereit sein würde, die Diktatur entsprechend den Bedingungen des die Weimarer Verfassung nur suspendierenden aber nicht aufhebenden Ermächtigungsgesetzes am 01.04.1937 zu beenden. Damit war der Revolutionscharakter der Regierungsübernahme *Hitlers* endgültig belegt: Aus der „kommissarischen“ war eine

⁴⁵ S. dazu den 5. Teil der vorliegenden Serie zur Sozialismusbewältigung: **SPD-Sympathisant Adolf Hitler. Die sozialdemokratischen Wurzeln der nationalsozialistischen Ideologie**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Sozialismusbewaeltigung-Teil-5.pdf>

⁴⁶ S. bei *Zitelmann*, a. a. O., S. 90.

⁴⁷ In einer Rundfunkrede am 14.10.1933, s. bei *Zitelmann*, a. a. O., S. 403.

⁴⁸ S. ebenda, S. 95.

⁴⁹ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_R%C3%B6hm

⁵⁰ S. *Peter Longerich*, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, 1989, S. 180.

⁵¹ So die Formulierung bei *Longerich*, ebenda, S. 220.

„souveräne Diktatur“ (im Sinne von *Carl Schmitt*) geworden. Genau dieser Übergang stellte die Revolution dar, die plebiszitär durch die oppositionslose Zustimmung zu dem Gesetz, das nach dem Tode *Hindenburgs* die Funktion des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers vereinigte, legitimiert wurde.

Das geschichtliche Paradox besteht nun darin, daß *Hitler* das Vorhaben von *Röhm*, die Regierungsübernahme der „nationalen Erhebung“ durch eine sozialistische Volksrevolution, die von der „Volksmiliz“ SA geführt werde, zu vollenden, eigentlich richtig fand.⁵² Trotz einiger entgegenstehender Äußerungen war *Hitler* nämlich davon überzeugt, daß die Revolution noch vollendet werden müsse, „es harrten unser soziale, kulturelle, wirtschaftliche und nicht zuletzt juristische Arbeiten, die nicht leicht durchzuführen seien.“⁵³ Die Revolution sei erst dann beendet, „wenn die ganze deutsche Welt innerlich und äußerlich völlig neu gestaltet ist,“ womit - allerdings etwa verfremdet - so etwas wie die Endzeitvorstellung des traditionellen Sozialismus durchschimmert, daß es so einen Zustand tatsächlich geben könnte, der aufgrund der allgemeinen Übereinstimmung eines jeden mit jedem Staat und Regierung überflüssig machen würde, so daß dann in absoluter Harmonie nur das Volk als solches übrig bliebe, das keiner entfremdender Institutionen mehr bedarf.

Nationalsozialismus als sozialistisches Herrschaftskonzept

Auch wenn *Hitler* diese Art von sozialistischem Endziel, also die eigentliche „kommunistische Utopie“ (*Schmierer*), nicht vertreten und wohl auch nicht wirklich an derartiges geglaubt haben dürfte, weil er eher - wie auch der Chinese *Mao*⁵⁴ - von der „permanenten Revolution“ als einem „ewigen Kampf“⁵⁵ ausging, so kann *Hitler* und mit ihm als die maßgebliche Figur der Nationalsozialismus in dem zentralen Herrschaftskonzept nur in der sozialistischen Tradition verortet werden, die ihren Ausgangspunkt in der radikalen Richtung der Französischen Revolution genommen hatte. In dieser Tradition hat sich *Hitler* in seinem Selbstverständnis und mit der Selbstbezeichnung seiner Partei selbst gesehen. Soweit es negativen Aussagen zur Französischen Revolution gibt, sind diese bei *Hitler* in Übereinstimmung mit anderen Sozialisten dialektisch zu verstehen: Entsprechend der sozialistischen Tradition sah man sich im Gegensatz, soweit diese Revolution das „liberale Zeitalter“ eingeleitet habe, das aber durch die mit ihr begründeten technisch-wissenschaftlichen Modernität und der Abrechnung mit Aberglauben, Irrationalismus und Religion - so die Einschätzung *Hitlers*⁵⁶ - allerdings auch als notwendige und damit unvermeidbare Voraussetzung für das sozialistische Zeitalter angesehen wurde.

Die in diesem historischen Kontext entwickelte moderne totalitäre Diktatur stellt in der Herrschaftsgeschichte etwas qualitativ Neues dar, die sich nur aus den in der sozialistischen Tradition entwickelten Vorstellungen angemessen begreifen läßt. In dieser Tradition wird die Diktatur mit Argumenten begründet, die auch zur Demokratiebegründung angeführt werden, was wie schon bei *Engels* exemplifiziert, einerseits zur Ablehnung der (parlamentarischen) Demokratie führt und wodurch andererseits grundlegende Begründungselemente der Demokratie aufgegriffen und totalitär als „wahre Demokratie“ zu einer *conclusio ad absurdum*

⁵² S. bei *Zitelmann*, a. a. O., S. 110.

⁵³ So *Hitler* in einem Gespräch mit dem italienischen Justizminister *Grandi* am 25.11.1940, s. bei *Zitelmann*, a. a. O., S. 113, wobei er sich die Revolution vom „Kameraden Frank“ erwartete.

⁵⁴ S. dazu den 14. Teil der vorliegenden Serie zur Sozialismusbewältigung: **Die „Große chinesische Kulturrevolution“ als Vorbild der deutschen 68er: Der Kannibalismus der sozialistischen Haßkultur**
<https://links-enttarnt.de/sozialismusbewaeltigung-teil-14>

⁵⁵ S. bei *Zitelmann*, a. a. O., S. 113.

⁵⁶ S. ebenda, S. 74 ff., insbes. S. 78.

gesteigert werden, so daß Diktatur und Abschaffung der Menschenrechte als so etwas wie „Vollendung der Demokratie“ erscheinen, bzw. als Verwirklichung dessen, was die (parlamentarische) Demokratie - nach dieser Ansicht - scheinheilig verspricht, aber nur Sozialismus / Kommunismus real verwirklichen würde, nämlich die Freiheit des Volks als Kollektiv. Genau mit dieser Diktaturbegründung zeigt sich *Hitler* als ein genuiner Sozialist, der mit diesem Ansatz immerhin insoweit Erfolg hatte, als durch seine - völlig unsolide finanzierten⁵⁷ - sozialpolitischen Maßnahmen seine Popularität bald weit über die engere Parteifolgschaft hinausreichte und der innerdeutschen Opposition gänzlich die Grundlage entzog. „Bis 1938 festigte sich ein politischer Zustand, den Mussolini treffend als *democrazia totalitaria* bezeichnete“,⁵⁸ womit nichts anderes als die sozialistisch erwünschte oppositionslose Demokratie gemeint ist, die immerhin zumindest im Vergleich mit dem Kommunismus („Volksdemokratie“) bei weitem weniger mit terroristischen Methoden,⁵⁹ sondern durch Sozialpolitik herbeigeführt wurde.

Das maßgebliche Selbstverständnis des NS-Herrschaftskonzepts dürfte bei *Ernst Rudolf Huber*⁶⁰ als wohl offiziellem, zumindest offiziösem Vertreter des NS-Verfassungsrechts zum Ausdruck kommen, der unter Zurückweisung andersgearteter NS-Ansichten, wonach⁶¹ „das völkische Führerreich ... eine Demokratie sei, ja erst es sei die eigentliche und echte Demokratie, die der verderbten westeuropäischen Formaldemokratie entgegengesetzt werden müsse“, es abgelehnt hat, das Deutsche Reich unter *Hitler* als Demokratie⁶² zu kennzeichnen. Der Begriff „Demokratie“ sei auf etwas anderes festgelegt, während im „völkischen Führerreich“ das souveräne Volk sich nicht selbst regiert, sondern „die Substanz der politischen Einheit ist, während der Volkswille durch den Führer hervorgehoben wird.“ Aufgrund der Übereinstimmung von Führer und Volk im nationalsozialistischen Reich würde sich allerdings ergeben, daß das Führerreich auch keine Diktatur darstellen würde: „Die häufige antithetische Entgegensetzung ‚Demokratie oder Diktatur?‘ kann auf das Deutsche Reich in keinem Sinne angewandt werden. Es ist weder Demokratie noch Diktatur, sondern ein völkisches Führerreich.“⁶³

Dieser offiziose Erklärungsversuch für die - erkennbar dialektische - Aufhebung der Gegensätze Demokratie und Diktatur ordnet sich in die sozialistische Tradition ein, in der das „Endziel“ einerseits als dialektisches Gegenteil von Demokratie, andererseits als „wahre Demokratie“ beschrieben wird, die aber wiederum doch keine Demokratie ist, sondern eben „Sozialismus“ (bzw. Kommunismus). Letztlich läuft dies banal darauf hinaus, daß entsprechend der Annahme von *Lassalle* die vor allem in der Arbeiterschaft vermutete Diktaturbereitschaft formal-demokratisch zur Institutionalisierung einer Volksdiktatur führen würde, die man dann allerdings auch nicht wirklich als Diktatur bezeichnen kann, weil sie vom Volk gewollt (worden) sei und damit als „Verwirklichung der Freiheit“ gekennzeichnet werden kann, wenn man dabei die Freiheit des Volkskollektivs (oder auch eines anderen Kollektivs) vor Augen hat. Das wirkliche Vorbild und auch das Instrumentarium, um das Wesen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems sowohl möglichst objektiv als auch dem NS-Selbstverständnis gerecht werdend zu beschreiben, bietet dann wohl nicht so sehr die

⁵⁷ Darauf weist *Götz Aly*, *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, 2005 zu Recht hin, etwa S. 53 unter Bezugnahme auf die zeitgenössische Einschätzung von *Carl Friedrich Goerdeler*.

⁵⁸ S. *Aly*, ebenda, S. 29 f.

⁵⁹ S. ebenfalls bei *Aly*, ebenda, S. 27: „Nach dem Anfangsterror waren dort (in den Konzentrationslagern, *Anm.*) am Jahresende 1936, also nach knapp vier Jahren des Konsolidierens, nur noch 4 761 Häftlinge eingesperrt - einschließlich der Alkoholkranken und Kriminellen“.

⁶⁰ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Rudolf_Huber

⁶¹ S. bei *Huber*, *Verfassungsrecht*, S. 209.

⁶² S. ebenda, S. 210

⁶³ S. ebenda, S. 211.

marxistische Doktrin, sondern die mit dieser sehr verwandte Doktrin von *Lassalle*, der nachträglich als SPD-Gründer angesehen⁶⁴ wird: „Lassalles Totalitarismus ist völkisch... Das Volk soll nicht denken, sondern hat nur gemäß seinen Instinkten die Denkenden an die Macht zu bringen. Dieses instinktmäßige Verhalten, das *Lassalle* dem Volk unterstellt, ist ein entscheidendes Indiz für seine totalitären Vorstellungen. Entscheidungen in einem totalitären System sollen keine rationalen Entscheidungen sein, sondern eine rauschhafte Hingabe an das Allgemeine. Dieses ekstatische Außersichsein soll im vollendeten totalitären System den Normalzustand darstellen“⁶⁵ und Beleg für die para-demokratische Übereinstimmung von Führer- und Volkswillen sein.

Um diesen Zustand herzustellen, schwebte *Lassalle* vor allem die Erzeugung von Kriegsbereitschaft⁶⁶ vor; denn während das Volk im Frieden den öffentlichen Dingen überwiegend indifferent gegenübersteht, könne der Krieg des Egoismus des Privatlebens überwinden und ein „Pathos des öffentlichen Lebens“ erzeugen. Dieses Kriegspathos würde dann der Revolutionierung der inneren Verhältnisse dienen, die dann zu einer Gleichgerichtetheit des Denkens und Wollens überleiten. „Der Mensch soll nicht mehr ein sich selbst bestimmendes Wesen sein, das seinen Wert und seine Rechte zuerst in sich selbst findet, sondern nur Teil eines Hyperstaates oder Hypermenschen.“ Dementsprechend betrachtet *Lassalle* die individuelle Freiheit als „negative Idee“. Das Recht, auf das es ankommt, „legt sich im Gang der weltgeschichtlichen Entwicklung dar und soll kein historisch gesetztes sein. Verwalter des Rechts, insofern er Einsicht in dieses hat, ist der Führer.“

Aufgrund dieses Begründungsansatzes stellt eine (national-)sozialistische Diktatur auch keine „orientalische Despotie“ dar, wie dies einer der zahlreichen Verharmloser des Sozialismus, nämlich *Wittfogel*⁶⁷ meint,⁶⁸ der die „Fehlentwicklung“ des Sozialismus in der Sowjetunion auf den „halbasiatischen Charakter“ der russischen Entwicklung zurückführt. Wäre diese Theorie in ihrem Kernbereich richtig, dann könnte man gerade Existenz und Wesen des national-sozialistischen Deutschlands⁶⁹ nicht erklären: Entweder muß man dann zur Erkenntnis gelangen, daß dieses Regime nicht im Sinne der realsozialistischen Regimes totalitär war und deshalb im Sinne des „asiatischen“ Erklärungsansatzes nicht erklärt zu werden braucht oder es wird als totalitär angesehen, dann ist der Erklärungsansatz von *Wittfogel* gerade durch die Existenz des deutschen NS widerlegt (und zwar unabhängig, ob man von einem wirklich sozialistischen System ausgeht oder von einem pseudo-sozialistischen Regime). Die richtige Antwort ist dann wohl, das NS-System entsprechend der Selbstverortung den Sozialismen zuzuordnen und als „okzidentale Despotie“⁷⁰ einzuordnen. Diese Art von Machtausübung stellt sicherlich eine gänzlich neue Herrschaftskonzeption dar, die als „Despotie“ gekennzeichnet werden mag, d.h. mit einem Begriff, mit dem üblicherweise, schon auf die Antike

⁶⁴ S. dazu den 3. Teil der vorliegenden Serie zur Sozialismusbewältigung: **Zur Bewältigungsbedürftigkeit der Sozialdemokratie** <https://links-enttarnt.de/sozialismusbewaeltigung-teil-3>

⁶⁵ S. bei *Ebeling*, a. a. O., S. 84; dort auch die nachfolgenden Zitate; an *Ebeling* ist nur zu kritisieren, daß er die Grundvorstellungen von *Marx* und *Lassalle* als „sehr verschieden“ ansieht, da *Marx* die Grundideen von *Lassalle* als „alten verkommenen Spekulationskehricht“ bezeichnet hat; *Marx* hat aber immer die inner-sozialistische Konkurrenz am gehässigsten kritisiert.

⁶⁶ S. Nachweise bei *Wolfram Wette*, Kriegstheorien deutscher Sozialisten. *Marx, Engels, Lassalle, Bernstein, Kautsky, Luxemburg*. Ein Beitrag zur Friedensforschung, 1971, S. 116 f.

⁶⁷ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_August_Wittfogel

⁶⁸ S. *Karl A. Wittfogel*, Die orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht, Frankfurt / Berlin / Wien 1977

⁶⁹ Auf S. 552 ebenda, streift *Wittfogel* in der Fußnote 132 den „Faschismus“, ohne daß dies zu einer Revision der Thesen Anlaß gibt; auf S. 422 wird immerhin die Tatsache, daß *Stalin* seine Befehlshaber liquidieren konnte, in Parallele zu *Hitlers* Sieg über die Generalität, die ihn 1944 zu stürzen suchte, hergestellt, ohne dies wirklich in den Zusammenhang mit der „orientalischen Despotie“ zu stellen.

⁷⁰ Mit *Ernst Vollrath*, Die okzidentale Despotie, in: *Der Staat*, 1982, S. 321 ff., S. 321 ff.

zurückgehend, asiatische Regime aufgrund ihres größeren, in (West-)Europa kritisierten Unterdrückungsgrades bezeichnet wurden. Aber dieses sozialistische Herrschaftssystem ist gerade nicht „asiatisch“, sondern aufgrund seiner demokratischen oder demokratieähnlichen Ideologie, die in Asien nicht bekannt war, als „okzidental“ einzustufen, was dann selbst für die neuzeitlichen asiatischen Regime wie Rot-China unter *Mao* und Kambodscha unter *Pol Pot*⁷¹ gilt, die den westlichen Sozialismus zur Herrschaftsbegründung und Machtausübung übernehmen sollten.

Aufgrund seines para-demokratischen Anliegens kann das *Hitler*-Regime selbstverständlich auch nicht in die Tradition des deutschen „Obrigkeitsstaates“ gestellt und in diesem Sinne als „Rechtsdiktatur“ gekennzeichnet werden. Der autoritäre „Obrigkeitsstaat“ oder eine genuine Rechtsdiktatur sind nämlich konzeptionell ganz anders begründet als ein sozialistisches Herrschaftssystem. Der Obrigkeitsstaat hatte seine Legitimation als Gegengewicht zur demokratischen Strömung bezogen,⁷² die sich in der Französischen Revolution in ihrer potentiell totalitären Seite offenbarte hatte und auf deren Domestikation die konstitutionelle Monarchie ausgerichtet war und dabei eine strukturelle Ähnlichkeit mit dem ursprünglichen Republikanismus des amerikanischen Verfassungsrechts⁷³ aufwies, bis unter US-Präsident *Jackson* unter den Nachwirkungen der Französischen Revolution *democracy* an die Stelle von *republic* als maßgebliches amerikanisches Ideologem treten sollte. Der „Obrigkeitsstaat“ hatte mit diesem Legitimationsansatz solange Erfolg wie die Erinnerung an die Französische Revolution und die damit verbundene Erfahrung, insbesondere die revolutionäre Kriegs- und Expansionspolitik, noch gegenwärtig war und überwiegend - außer eben bei den Sozialisten - als negativ empfunden wurde. Die intellektuelle Mehrheit des 19. Jahrhunderts dürfte in der Französischen Revolution den Beleg dafür gesehen haben, daß der Demokratismus die Gefahr beinhaltete, zu dem zu führen, was im 20. Jahrhundert die Bezeichnung „Totalitarismus“ erhalten sollte.

Bereits antiken Autoren wie *Cicero* oder *Polybios* war bekanntlich Demokratie eine Staatsform der Vergangenheit gewesen und aus einer solchen Perspektive, die aus plausiblen Gründen im 19. Jahrhundert insbesondere in Deutschland maßgebend war, mußte die Jakobiner-Herrschaft als Versuch erscheinen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, was nur im Blutbad enden konnte.⁷⁴ Als verfassungsrechtliche Antwort auf den Demokratismus der Französischen Revolution erschien im Sinne der *Aristotelischen* Politie-Konzeption eine die Gewaltenteilung betonende Regierungsform wie sie in republikanischer Version in den USA⁷⁵ und in monarchischer Version im sog. Obrigkeitsstaat⁷⁶ verwirklicht wurde. *Hitler* war aber entschieden gegen diesen „Obrigkeitsstaat“ eingestellt, auf dessen mentalen Auswirkungen er

⁷¹ S. zum Pol Pot-Regime den 14. Teil der vorliegenden Serie zur Sozialismusbewältigung: **Das Genozid der 68er: Sozialistischer Umerziehungsextremismus in Kambodscha** <https://links-enttarnt.de/sozialismusbewaeltigung-teil-12>

⁷² S. dazu den 11. Teil der Serie zur Verfassungsdiskussion: **Legitimität der deutschen konstitutionellen Monarchie im zeitgenössischen Kontext** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2022/11/VfgDisk11-preussVfg-1850.pdf>

⁷³ S. dazu die Ausführungen von *Forrest McDonald*, *Novus Ordo Seclorum*. The intellectual Origins of the Constitution, 1985, die wohl mit das beste darstellen, was über das ursprüngliche amerikanische Verfassungsrecht verfasst worden ist.

⁷⁴ S. *H. Buchstein / D. Jörke*, Das Unbehagen an der Demokratietheorie, in: *Leviatan*, 2003, S. 470 ff., S. 472 f.

⁷⁵ S. zur US-Verfassung den 10. Teil der Serie zur Verfassungsdiskussion: **Eine (weitere) rechte und liberale Verfassungsoption: Rezeption der Verfassung der USA** <https://links-enttarnt.de/verfassungsdiskussion-teil-10>

⁷⁶ S. dazu den 8. Teil der Serie zur Verfassungsdiskussion: **Eine rechte und liberale Verfassungsoption: Eine demokratisch-republikanische Version der Bismarckschen Reichsverfassung** <https://links-enttarnt.de/verfassungsdiskussion-teil-8>

fast bundesdeutsch reflektierend den Mangel an Zivilcourage⁷⁷ bei den Deutschen zurückführte, was ihn aber zur Einsicht zwang, besser doch zum Mittel der „Legalitätstaktik“ zu greifen.

Eine genuine Rechtsdiktatur wiederum ist im Sinne von *Carl Schmitt* eine „kommissarische“, d.h. eine vorübergehende Notstandsdictatur, die im Zweifel wie diejenige von General *Pinochet* in Chile gegen einen sozialistischen, d.h. totalitär-demokratischen Umsturz(versuch) gerichtet ist. Gegen eine derartige Diktatur, mit der etwa *von Papen* - zur Verhinderung einer NS-Regierung! - gespielt hatte, wandte sich *Hitler* naturgemäß⁷⁸ und mit dem wirklich bezeichnenden sozialistischen Argument, daß eine Diktatur nur denkbar⁷⁹ sei, „wenn sie der Träger eines Volkswillens ist oder sicherste Aussicht hat, in kurzer oder absehbarer Zeit als Träger eines solchen Volkswillens anerkannt zu werden.“ Und genau letzteres war das eigentliche Anliegen *Hitlers*, was im ideologischen Kontrast sowohl zum Obrigkeitsstaat als auch zur Rechtsdiktatur steht. Die sozialistische Diktatur, etwa in Form der „Diktatur des Proletariats“ stellt eine „souveräne Diktatur“ dar, die nach eigenem Anspruch „irreversibel“ einen neuen Gesellschaftstyp herbeiführt.

Zwar behält auch noch die kommunistische Utopie mit der Annahme des „Absterben des Staates“ die Erinnerung an die traditionell als vorübergehend gedachte Funktion der Diktatur, aber gerade die Utopie, das „Nirgendwo“, gewährleistet, daß die Diktatur konzeptionell nie aufhört, weil sie etwas anstrebt, was eben nirgendwo (und auch nirgendwann) vorzufinden sein wird, nämlich die Herrschaftslosigkeit, die auch noch mit völliger Interessenidentität verbunden ist. Und genau in dieser ideologischen Perpetuierung der Diktatur sind die verbrecherischen Konsequenzen aller sozialistischen Diktatursystem des 20. Jahrhunderts begründet und nicht etwa in dem - ohnehin spezifischen - Nationalismus, wie etwa der Verharmloser von *Pol Pot* und Kommunismus, *Schmierer*,⁸⁰ immer noch meint. Wenn der - als „rechts“ insinuierte - Nationalismus entscheidend sein sollte, dann müßte sich wirklich die Frage aufdrängen, wie es dazu kommt, daß sich der wohl als universalistisch gedachte Sozialismus immer wieder „nationalistisch vereinnahmen“ läßt.

Dies war allerdings schon in der Französischen Revolution vorgezeichnet, in der man feststellen konnte, daß schon die kosmopolitisch ausgerichtete Ideologie von *Babeuf*,⁸¹ den *Friedrich Engels* hinsichtlich der Herrschaftsbegründung als seinen unmittelbaren ideologischen Bezugspunkt angesehen hat, auf eine extreme nationale Isolierung hinauslief. Dieser Nationalismus des revolutionären Regimes wurde letztlich damit begründet, daß ausländischer Einfluß der unverfälschten Bildung des Gemeinwillens des Volks in ähnlicher Weise entgegenstehen könnte wie nach Ansicht der Sozialisten die individual-rechtlich gesicherten Kapitalinteressen. Durch die Abgrenzung gegenüber Ausland und Ausländern könne dann Frankreich, so *Buonarroti*, seiner Pflicht der Menschlichkeit und Brüderlichkeit zu entsprechen, ein besseres und nachahmenswertes Beispiel geben. *Lassalle* ist diesen Verrenkungen aus dem Weg gegangen, indem er von vornherein den Deutschen die weltgeschichtlich maßgebliche Rolle bei der Sozialismusverwirklichung zuschrieb: „Dem metaphysischen Volke, dem deutschen Volke, ist ... durch seine gesamte Entwicklung und in höchster Übereinstimmung seiner inneren und äußeren Geschichte dieses höchste metaphysische Los, diese höchste weltgeschichtliche Ehre zugefallen, sich aus dem bloßen geistigen Volksbegriff einen

⁷⁷ S. bei *Zitelmann*, a. a. O., S. 436.

⁷⁸ Auch bei *Huber*, Verfassungsrecht, wird deutlich, daß man die größte Gefahr für das Gelingen des NS in der Perpetuierung des „rechten“ Präsidialregimes gesehen hat; s. S. 33 ff.

⁷⁹ In einer Rede am 16.08. 1932, s. bei *Zitelmann*, a. a. O., S. 438.

⁸⁰ S. dazu im 22. Teil der vorliegenden Serie zur Sozialismusbewältigung: **Einordnung des sozialistischen Nationalismus** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2022/08/SoziBwltg-XXII-sozNatiolism.pdf>

⁸¹ S. bei *J. L. Talmon*, *The Origins of Totalitarian Democracy*, 1985, S. 244 f.

nationalen Boden, ein Territorium zu schaffen, sich aus dem Denken ein Sein zu erzeugen ... Es ist ein Akt wie der Welterschöpfungsakt Gottes“⁸²

Den mehr praktischen Grund, warum der Sozialismus sich letztlich mit einem Nationalismus oder ähnlichem Partikularismus verknüpft, hat v. Hayek⁸³ wie folgt formuliert: „Man kann sich in der Tat fragen, ob überhaupt ein kollektivistisches Programm vorstellbar ist, das nicht auf eine begrenzte Gruppe zugeschnitten ist, ob also der Kollektivismus anders denn als eine Art von Partikularismus existieren kann, als Partikularismus einer bestimmten Nation (Nationalismus), einer bestimmten Rasse oder einer bestimmten Klasse.“ Im partikularistischen Kontext lassen sich die Gemeinschaftsziele und die sozialistische Homogenitätsvorstellung eben noch am ehesten darstellen. Genau in dem völkischen Gleichheitsversprechen des NS als „Sozialismus des guten Blutes“⁸⁴ lag dessen besondere Attraktivität. Wenn die Entwicklung der „totalitären Demokratie“ mit innerer Schlüssigkeit dahin ging, daß die ins Absurde gesteigerten individualistischen Prämissen der Aufklärungsphilosophie des 18. Jahrhunderts, wozu der politische Universalismus gezählt werden kann, im Laufe des 19. Jahrhunderts offen durch kollektivistische Konzepte ersetzt wurden, dann war es angesichts der Verrenkungen, die etwa innerhalb der Sozialdemokratie gemacht werden mußten, den theoretischen Internationalismus mit dem praktischen Nationalismus zu versöhnen,⁸⁵ eigentlich nahe liegend, den Sozialismus von vornherein im Sinne von *Lassalle* als primär nationalistisches Anliegen zu formulieren. Sofern man den Nationalismus als „rechts“ einstuft, was historisch schon nicht ohne Weiteres zutrifft,⁸⁶ und damit auch *Hitler*, entgegen seiner Selbstverortung, in dieser Weise einordnet, so kann ihm gerade der Nationalismus selbstredend weniger zum Vorwurf gemacht werden als sein maßgeblicher Sozialismus, der die wesentlichste Herrschaftslegitimation nach den Formeln der „totalitären Demokratie“ lieferte.

Sicherlich wies das *Hitler*regime insbesondere im Vergleich mit der kommunistischen „Volksdemokratie“ eher „rechte“ Züge auf, die sich damit erklären lassen, daß die sog. Legalitätstaktik doch vom Nationalsozialismus ihren ideologischen Preis forderte: Dies zwang zu Anpassungen an etablierte Verhältnisse, Gesellschaftsstrukturen und rechtlich-kulturelle Argumentationen und Verhaltensmuster, was sogar dazu führt, daß durchaus plausibel - zumindest bei der Meßlatte „Volksdemokratie“ - die Bewertung vorgenommen werden kann, das sog. Dritte Reich wäre „kein eigentlich totalitärer Staat“⁸⁷ gewesen. Dies kommt noch im amtlich veranlaßten Untersuchungen der Bundesregierung etwa zur Rolle des Auswärtigen Amtes (AA) im Dritten Reich zum Ausdruck,⁸⁸ die befremdlicher Weise unterstellen (müssen), das AA wäre kein Organ des NS-Staates gewesen, so daß ihm Kollaboration mit diesem vorgeworfen werden kann. Dieser Vorwurf ergibt nur aufgrund der stillschweigend vorausgesetzten Prämisse einen Sinn, daß das Deutsche Reich unter der NS-Regierung eben doch kein wirklicher / vollständiger NS-Staat war; denn niemand würde die Frage aufwerfen, ob etwa das Außenministerium der DDR dem Kommunismus verpflichtet war. Das Deutsche Reich war, wie man daraus erschließen kann, nicht in dem Sinne ein NS-Staat wie die DDR ein

⁸² So *Lassalle* in: „Die Philosophie Fichtes und die Bedeutung des deutschen Volkseistes“, Gesammelte Reden VI, 150; hier zitiert bei *Ebeling*, a. a. O., S. 84.

⁸³ S. v. *Hayek*, a. a. O., S. 179 f.

⁸⁴ So die Einschätzung von *Aly*, a. a. O., S. 28 f.

⁸⁵ S. dazu den 4. Teil der vorliegenden Serie zur Sozialismusbewältigung: **Weltkrieg als Weltrevolution – Vom sozialdemokratischen Marxismus zum Nationalsozialismus**
<https://links-enttarnt.de/sozialismusbewaeltigung-teil-4>

⁸⁶ S. dazu auch den 21. Teil der vorliegenden Serie zur Sozialismusbewältigung: **„Nationalsozialismus als konsequentere Sozialdemokratie“** <https://links-enttarnt.de/sozialismusbewaeltigung-teil-21>

⁸⁷ So *Sebastian Haffner*, Von Bismarck zu Hitler. Ein Rückblick, 1989, S. 248.

⁸⁸ S. dazu *Daniel Koerfer*, Diplomatenjagd. Joschka Fischer, seine Unabhängige Historikerkommission und *Das Amt*, 2013.

sozialistischer Staat war, bei dem sich die Frage der „Kollaboration“ von vornherein nicht stellt, weil man mit sich selbst ja nicht kollaboriert. Deshalb hatte die Legalitätstaktik, die beim bundesdeutschen Staatsschutz im Zentrum der Betrachtung steht und ein besonderes Parteiverbotskonzept⁸⁹ rechtfertigt, durchaus eine positive, nämlich trotz allem mäßigende Wirkung, die bei einem illegalen Machterwerb von vornherein nicht möglich gewesen wäre. Umgekehrt sahen sich die kommunistischen Regime schon von vornherein zur entschieden ausgeprägten totalitären Machtausübung⁹⁰ gezwungen, weil sie sich in der Regel gegen breite Mehrheiten der beherrschten Bevölkerung ausschließlich gewaltsam durchsetzen mußten, während es beim *Hitler*regime in der Konsolidierung nach dem sog. *Röhm*putsch⁹¹ bis etwa zur sog. Reichskristallnacht oder gar bis zum Kriegsausbruch sogar so erschien, als könnte sich dieses Herrschaftsgebilde, das bedingt durch den Kompromisscharakter der Legalitätstaktik in der Tat herrschaftstheoretisch etwas schwer eingeordnet werden kann, zu einem autoritären Staat etwa nach Art einer südamerikanischen Militärdiktatur entwickeln, in der man für eine Partei wie die NSDAP, anders als im wirklichen Totalitarismus, bei dem die Partei als Machtinstrument essentiell ist, eigentlich gar keine wirkliche Verwendung⁹² mehr hatte. Es muß aber betont werden, daß *Hitler* diese Entwicklung überhaupt nicht paßte und er sich schließlich doch als Gefangener seiner Legalitätstaktik erkannte, die ihn daran hindern sollte, seinen Sozialismus wirklich durchzusetzen.

Es hätten - so die wirkliche Überzeugung *Hitlers* - anstelle der *Röhm*-Revolutionäre „eher einige hundert Generäle“ erschossen werden müssen.⁹³ Deshalb sollte *Hitler* spätestens seit dem (nach genuiner BRD-Bewertung) rechtsextremistischen Umsturzversuch vom 20. Juli 1944⁹⁴ das Scheitern seines sozialistischen Projekts darauf zurückführen, im Konflikt zwischen Wehrmacht und SA nicht für letztere Stellung genommen zu haben, um dann die Armee in einer Weise zu säubern, wie dies *Stalin* gemacht habe, der sich doch als der konsequentere Sozialist herausgestellt hatte. Dessen Entschlossenheit habe er selbst nicht aufbringen können, worauf er sein Scheitern zurückführte: *Hitler* hat - bundesdeutsch gesprochen - den „Kampf gegen rechts“ vernachlässigt. Trotz dieser durchaus erklärbaren, im Sinne des NS-Selbstverständnisses ideologisch eher ungewollten „rechten“ Züge sollte jedoch nicht verkannt werden, in welcher Tradition das *Hitlersche* Herrschaftssystem nun wirklich steht: „Mit dem *Lassalles* Demokratiebegriff zeichnen sich die Möglichkeiten ab, an denen die Demokratie im 20. Jahrhundert scheiterte. Der Nationalsozialismus benutzte die Demokratie der Weimarer Republik zu eben den gleichen Zwecken, wie sie *Lassalle* seiner Demokratievorstellung unterschob. Es mag als Ironie der Geschichte erscheinen oder als List der Vernunft, daß der *Lassallesche* Demokratiebegriff in der deutschen Sozialdemokratie als Hinwendung zum Staat interpretiert wurde, daß die Sozialdemokratie auf Grund eben dieser Haltung die totalitäre

⁸⁹ S. dazu die Ausführungen in der Serie zur Parteiverbotskritik: <https://links-enttarnt.de/parteiverbotskritik-uebersicht-der-einzelnen-teile> und ergänzend zum aus dieser besonderen Parteiverbotskonzeption abgeleiteten Parteiverbotssystem: <https://links-enttarnt.de/kritik-des-parteiverbotssurrogats-uebersicht>

⁹⁰ S. dazu nochmals *Aly*, a.a.O., S. 27: „Die spätere DDR setzte zur Kontrolle ihrer 17 Millionen Bürger 190000 hauptamtliche und ebenso viele nebenamtliche Stasi-Spitzel ein, die Gestapo zählte 1937 einschließlich der Sekretärinnen und Verwaltungskräfte knapp 7 000 Mitarbeiter, der SD deutlich weniger. Sie reichten aus, um 60 Millionen im Auge zu behalten.“

⁹¹ S. <https://de.wikipedia.org/wiki/R%C3%B6hm-Putsch>

⁹² S. dazu etwa die Beschreibung bei *Heinz Höhne*, 'Gebt mir vier Jahre Zeit'. *Hitler* und die Anfänge des Dritten Reichs, 1996, S. 149 ff. und S. 293 ff. mit der Unterüberschrift: Die Angst der NSDAP vor ihrer Auflösung; immerhin war da der „Austrofaschismus“ konsequenter, der dann auch seinen Hauptträger, die Christlichsoziale Partei, in der Einheitsfront aufgelöst hat; s. dazu: **Von der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur zum CSU-Verfassungsschutzextremismus**

<https://links-enttarnt.de/verfassungsschutzfeindliche-tendenzen-innerhalb-der-christlich-sozialen>

⁹³ S. *Zitelmann*, a. a. O., S. 110 f.

⁹⁴ S. dazu: **20. Juli 1944: Offizielle Schwierigkeiten mit dem Gedenken an den „rechtsextremen“ Widerstand gegen den Nationalsozialismus** <https://links-enttarnt.de/20-juli-1944-offizielle-schwierigkeiten>

Tendenz des ursprünglichen *Lassalleschen* Begriffs (in der nationalsozialistischen Ideologie) bekämpfte.“⁹⁵

Aufgrund dieser Verortung der Grundkonzeption des NS-Herrschaftssystems in die klassische sozialdemokratische Tradition läßt sich, diese Ausführungen abschließend, die Annahme von *Schmierer*, der Nationalismus und nicht die von *Pol Pot* in erster Linie vertretene „kommunistische Utopie“ sei für die politischen Massenmorde verantwortlich als abwegig und extremistisch relativierend zurückweisen. Vielmehr ist es die sozialistische Komponente, die den Totalitarismus konstituiert. Dieser hat natürlich die dabei - realpolitisch wohl unvermeidbar - sich ergebende nationalistische Komponente, wie auch bei *Stalin*, *Mao* und schließlich *Pol Pot* (neben vielen anderen), in einer jeweils spezifischen Weise ausgeprägt, die aber beim liberalen oder konservativ geprägten Nationalismus, den *Hitler* und erst recht *Goebbels*⁹⁶ nicht ohne Grund sarkastisch abgelehnt hatte, in dieser Weise einfach nicht vorhanden war: Sonst hätte ja schon der „Obrigkeitsstaat“ so funktionieren müssen, wie das *Hitler*-Regime! Der im „Dritten Reich“ übliche Nationalismus, der sicherlich bei vielen Zeitgenossen jenseits seiner von *Hitler* vorgenommene sozialistische Fixierung angesiedelt war, läßt vielmehr das *Hitler*-Regime als bei weitem gemäßigter erscheinen als die rein marxistische „Volksdemokratie“. Allerdings muß hinzugefügt werden, daß dies damit zu erklären ist, daß es die Umstände, zu denen an prominenter Stelle die - nach Selbsteinschätzung - selbst gestellten Fänge der „Legalitätstaktik“ gehören, es dem *Hitler*-Regime nicht erlaubt haben, die sozialistische Konzeption - außer unter Weltkriegsbedingungen in der „Judenfrage“ - in einer Weise umzusetzen, wie dies kommunistische Regime machen konnten. Deshalb wird auch mit der Verharmlosung der „kommunistischen Substanz“ zur Fehlerklärung des *Pol Pot*-Regimes die Anti-Rechts-Polemik der bundesdeutschen „Bewältigung“ nicht besonders überzeugend. Vielmehr sollte man sich grundsätzlicher die Frage stellen, was der Grund sein könnte, daß einem derartigen, erkennbar irrationalen Konzept wie Sozialismus gefolgt worden ist und teilweise immer noch gefolgt wird.⁹⁷

Hinweis:

Bei dem vorstehend veröffentlichten Text handelt es sich um etwa die zweite Hälfte des 3. Kapitels mit der Überschrift **(National-)Sozialismus als totalitäre Demokratie** des Werkes des Verfassers:

Josef Schüßlburner, Roter, Brauner und Grüner Sozialismus. Bewältigung ideologischer Übergänge von SPD bis NSDAP und darüber hinaus, 2008 Lichtschlag Medien und Werbung KG

Gegenüber der Buchausgabe ist der Text dahingehend modifiziert, daß er als selbständiges Dokument gelesen werden kann; es ist teilweise nach der Buchveröffentlichung erschienene neue Literatur berücksichtigt und außerdem findet insbesondere durch „Verlinkungen“ eine Einpassung in die vorliegende Serie zur Sozialismus-Bewältigung statt; auch Verlinkungen insbesondere zu Wikipedia für Leser, die sich mit der Materie intensiver beschäftigen wollen,

⁹⁵ So nachfolgend die Zusammenfassung bei *Ebeling*, a. a. O., S. 85.

⁹⁶ S. bei *Höver*, a. a. O., etwa S. 67 ff.: „Der endlose Haß gegen den Bourgeois. Goebbels und die Rechte (1924-1926)“; S. 82 ff. „Schwarz-weiß-rote Geldsäcke. Goebbels und die Rechte (1927-1932/33)“; S. 341 ff. „Gegen Kompromißsucht“ und „bürgerliche Verflachung“; S. 354 ff.: „Schärfere Abgrenzung zur Reaktion“; und S. 389 ff.: „Keine Versöhnung mit den Reaktionären“ - eine schärfere Abgrenzung „gegen rechts“ schafft auch die bundesdeutsche „Antifa“ nicht!

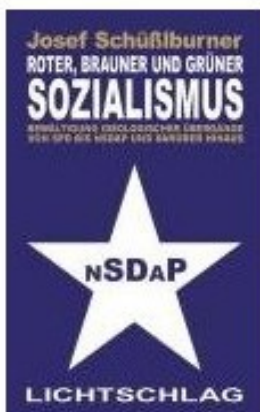
⁹⁷ S. dazu den nachfolgenden 25. Teil der vorliegenden Serie zur Sozialismusbewältigung.

werden - dem Internetzeitalter geschuldet - vorgenommen. Und dies trotz der Problematik, daß gerade die Bereiche, um die es vorliegend geht, insbesondere in der deutschen Ausgabe von Wikipedia häufig eine sehr einseitig linke Sichtweise verbreiten (neutraler ist da in der Regel die englischsprachige Fassung, sofern eine solche zu bestimmten Themenkomplexen überhaupt vorliegt).

Die Redaktion von www.links-enttarnt.de dankt dem Lichtschlag-Buchverlag <https://lichtschlag-buchverlag.de/> für seine Zustimmung zur online-Stellung auf dieser Website.

Das Buch ist im März 2015 in unveränderter 3. Auflage wiedererschienen und nunmehr auch in einer Kindle-Edition für 6,99 € erhältlich.

Bei Amazon bestellen



Verlagsangaben:

Hat der Nationalsozialismus sozialdemokratische Wurzeln? Alle Kernelemente, die dem NS zum Vorwurf gemacht werden müssen, finden sich im klassischen Sozialismus ideologisch vorgezeichnet. Trotz erbitterter Auseinandersetzung zwischen den Sozialismen stellen sich die Übergänge als fließend dar. Der Autor fordert eine umfassende Sozialismus-Bewältigung, die nicht auf den Nationalsozialismus beschränkt werden kann. Nur dann erscheint es möglich, die Wiederkehr „faschistischer“ Tendenzen zu verhindern, die in der BRD vor allem als „Antifaschismus“ auftreten und sich in der Verehrung für die Nationalsozialisten Mao Tse-tung und Pol Pot bei der 68er-Generation manifestiert haben. Diese will nunmehr im Sinne der Wiederkehr des nachhaltig Verdrängten das Vermächtnis von Adolf Hitler umsetzen, den „Schlag gegen rechts“ zu führen.